

Teures Wasser: Keine Rückzahlungen zu erwarten

Verwaltung und Wasserbetriebe sehen sich im Recht

Die Berliner Wasserbetriebe (BWB) haben gestern bestritten, dass die Tarife für Abwasser und Niederschlagswasser seit Jahren zu hoch kalkuliert werden. "Dem ist nicht so", hieß es in einer Presseerklärung. Der öffentliche Sachverständige, der Frankfurter Professor Erik Gawel, blieb jedoch in einem Gespräch mit dieser Zeitung bei seinem gutachterlichen Fazit: "So wie in Berlin kalkuliert wird, widerspricht das nach meiner Auffassung der betriebswirtschaftlichen Logik."

Die Kritik des anerkannten Gutachters richtet sich gegen die Methode, wie die Abwasser- und Niederschlagswasser-Tarife berechnet werden. Die Methode der BWB führe zu Überschreitungen von bis zu 10 Prozent, gab Gawel noch einmal die Einschätzung aus seinem Gutachten wieder, in dem er die Jahre 2004 bis 2006 untersucht hatte. Das Gutachten erstellte er im Auftrag der Wohnungsbaugesellschaft Howoge, die sich mit den Wasserbetrieben vor dem Landgericht über die Tarife streitet. Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) hatte ausgerechnet, dass die Überschreitungen zu Mehrkosten für Berlin von 90 Millionen Euro geführt haben sollen. Gawel sagte, er habe kein Rechts- sondern ein betriebswirtschaftliches Gutachten erstellt.

Die Berliner Wasserbetriebe hingegen halten ihre Art der Kalkulation der Wasserpreise für rechtmäßig. Die Basis sei in mehreren Gerichtsprozessen von den Richtern nicht beanstandet worden. Dem aktuellen Prozess gegen die Howoge vor dem Landgericht sehe man "deshalb vertrauensvoll entgegen", so die Pressemitteilung.

Wirtschaftssenator Harald Wolf (Die Linke) wollte sich gestern zu dem Gutachten nicht äußern. Aus seiner Verwaltung, wo die Untersuchung vorliegt, hieß es, eine ausführliche Prüfung sei veranlasst worden. Nach einer ersten Begutachtung könne man allerdings den Argumenten des Sachverständigen nicht folgen. Zudem stehe das Modell im Einklang mit der ständigen höchstrichterlichen Rechtsprechung. Die Senatsverwaltung für Wirtschaft gehe nicht davon aus, dass die Wasserbetriebe aufgrund dieses Gutachtens Millionenbeträge an die Wassernutzer zurückzahlen müssen. Das Urteil im Prozess Howoge gegen Wasserbetriebe soll im nächsten Jahr fallen.

Der CDU-Haushaltsexperte Uwe Goetze sagte, dass dem Abgeordnetenhaus seit Jahren vom Senat und dem Unternehmer ein Einblick in die Kalkulation verwehrt worden sei. "Überall, wo es um Ermessensfragen geht, gibt es möglicherweise noch Spielräume, um die Wasserpreise zu senken. Da ist noch Luft drin. Doch dafür muss die Kalkulation offen gelegt werden."

Die FDP forderte gestern die Offenlegung der Tarifikalkulation und attackierte die Linke. Kai Gersch, Verbraucherschutzpolitiker der FDP sagte: "Die Linkspartei spielt sich besonders im Wahlkampf gerne als Anwalt der kleinen Leute auf. In den Senatorensesseln angekommen, winken sie dagegen reihenweise Preiserhöhungen durch: Strompreiserhöhungen, Gaspreiserhöhungen und Wasserpreiserhöhung."

Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen sieht den Senat in der Pflicht. BBU-Vorstandsmitglied Ludwig Burkardt sagte: "Der Berliner Senat hat für seine Nachlässigkeit bei der Prüfung der Tarife die Quittung präsentiert bekommen. Wir erwarten vom Berliner Senat, dass er jetzt endlich seine Tarifprüfungspflicht ordnungsgemäß nachkommt und nicht jedes Erhöhungsersuchen einfach durchwinkt."